

# Inhaltsübersicht

<b>Einführung</b> .....	25
A. Problemstellung .....	27
B. Ziel der Untersuchung .....	32
C. Gang der Untersuchung .....	32
<i>Erster Teil</i>	
<b>Regulierung als Rechtsbegriff und Staatsaufgabe</b>	36
<i>Kapitel 1</i>	
<b>Grundlagen des Regulierungsverwaltungsrechts</b>	36
A. Grundgesetzlicher Rahmen für die Energieregulierung .....	38
B. Historische Entwicklung der Gewährleistungsverantwortung .....	40
<i>Kapitel 2</i>	
<b>Regulierungsbegriffe, -instrumente und die Bedeutung des Wettbewerbs</b>	47
A. Aufgabe von Regulierung .....	47
B. Regulierungsrecht als öffentliches Privatisierungsfolgerecht? .....	72
C. Die Abgrenzung von Regulierungsrecht und Kartellrecht .....	73
D. Zusammenfassung .....	77
<i>Zweiter Teil</i>	
<b>Behördliche Entscheidungsfindung im Gefüge der Gewaltenteilung</b>	79
<i>Kapitel 3</i>	
<b>Die Dogmatik von Beurteilungsspielraum und Ermessen</b>	80
A. Grundlagen: § 40 VwVfG und § 114 VwGO .....	80
B. Verortung der Ermessensausübung im verfassungsrechtlichen Gefüge .....	84

*Kapitel 4*

<b>Die etablierten Sonderformen behördlicher Entscheidungsspielräume</b>	100
A. Anerkannte Sonderformen des Ermessens .....	100
B. Ausblick .....	106

*Dritter Teil*

<b>Die Entwicklung des Regulierungsermessens</b>	108
--	-----

*Kapitel 5*

<b>Die Entwicklung des Regulierungsermessens in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum TKG</b>	108
--	-----

A. Anerkennung des Regulierungsermessens: BVerwGE 130, 39 .....	109
B. Festigung des Regulierungsermessens: BVerwGE 131, 41 .....	114
C. Adaption des Regulierungsermessens im Schrifttum .....	125
D. Ergebnis .....	138

*Kapitel 6*

<b>Die Übertragung des Regulierungsermessens auf das Energiewirtschaftsrecht</b>	139
--	-----

A. Ausschluss der Übertragung wegen Besonderheiten im TKG bzw. EnWG .....	140
B. BGH „Stadtwerke Konstanz GmbH“ .....	153
C. BGH „Stromnetz Berlin GmbH“ .....	157
D. Die Etablierung des Regulierungsermessens im Energierecht .....	165
E. Fazit .....	179

*Vierter Teil*

<b>Regulierungsbehördliche Letztentscheidungsrechte im Unionsrecht</b>	180
--	-----

*Kapitel 7*

<b>Europarechtliche Anforderungen an Letztentscheidungsrechte im Energieregulierungsrecht</b>	180
---	-----

A. Unionsrechtliche Gestaltungsvorgaben nationaler administrativer Entscheidungsbefugnisse .....	181
B. Das Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen die Bundesrepublik .....	189
C. Fazit .....	194

Inhaltsübersicht	11
------------------	----

*Fünfter Teil*

<b>Rekonstruktion der energierechtlichen Ermessensdogmatik als Schlussfolgerung</b>	195
---	-----

*Kapitel 8*

<b>Konturierung eines Subsumtionsermessens</b>	195
--	-----

A. BGH: „Eigenkapitalzinssatz II“ .....	196
B. Monistisches Konzept der Entscheidungsspielräume .....	210
C. Die „Richtigkeit“ einer Antwort auf die gestellte Rechtsfrage .....	219
D. Das Subsumtionsermessen: Dogmatische Verortung der skizzierten Entscheidungsspielräume .....	226
E. Ergebnis .....	234

*Kapitel 9*

<b>Zusammenfassung und Thesen</b>	236
-----------------------------------	-----

A. Zusammenfassung .....	236
B. Zusammenfassung in Thesen .....	238

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	240
-----------------------------------	-----

<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	251
----------------------------------	-----

*Anhang*

<b>Rechtsprechungsauswertung des BGH zum Regulierungsermessen 2014–05/2021</b>	253
--	-----

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	25
A. Problemstellung .....	27
I. Die zugrundeliegende Idee der behördlichen Rechtsanwendung .....	28
II. Regulierungsermessen des Bundesverwaltungsgerichts .....	30
III. Regulierungsermessen des Bundesgerichtshofs .....	30
B. Ziel der Untersuchung .....	32
C. Gang der Untersuchung .....	32

## *Erster Teil*

<b>Regulierung als Rechtsbegriff und Staatsaufgabe</b>	36
--	----

### *Kapitel 1*

<b>Grundlagen des Regulierungsverwaltungsrechts</b>	36
---	----

A. Grundgesetzlicher Rahmen für die Energieregulierung .....	38
B. Historische Entwicklung der Gewährleistungsverantwortung .....	40
I. Regulierungstheorie nach Smith und Daseinsvorsorge nach Forsthoff .....	41
II. Von der Daseins- zur Gewährleistungsverantwortung .....	42
1. Der Begriff der Gewährleistungsverantwortung .....	43
2. Wandel von der Daseins- zur Gewährleistungsverantwortung im Lichte euro- päischer Kompetenzzunahme .....	44
3. Keine Durchsetzung des Begriffs der Gewährleistungsverantwortung .....	45
4. Zwischenergebnis .....	45

### *Kapitel 2*

<b>Regulierungsbegriffe, -instrumente und die Bedeutung des Wettbewerbs</b>	47
---	----

A. Aufgabe von Regulierung .....	47
I. Eingrenzung .....	47

II. Begriffsbestimmungen .....	49
1. Regulierungsbegriffe .....	49
a) Ökonomischer Regulierungsbegriff .....	50
b) Sektor spezifischer Regulierungsbegriff Telekommunikation .....	51
c) Soziologisch-politikwissenschaftlicher Regulierungsbegriff .....	52
d) Eigenes Begriffsverständnis .....	52
2. Wettbewerbsmärkte und Energietransportmarkt .....	53
a) Funktionen und Ziele von Wettbewerb .....	53
b) Eigenschaften von Wettbewerbsmärkten .....	54
c) Besonderheiten der Energiemarkte .....	55
III. Wettbewerb im Regulierungsgefüge des EnWG .....	55
1. Die Zielvorgaben des § 1 EnWG .....	56
2. Die ratio legis des § 1 Abs. 2 EnWG .....	57
3. Die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung .....	57
4. Wettbewerbsregulierung als Widerspruch zur Marktwirtschaft? .....	57
5. Marktversagenstatbestände .....	59
a) Marktmacht durch Skaleneffekte (economies of scale) und Verbundvorteile (economies of scope) .....	59
b) Marktmacht im natürlichen Monopol .....	60
6. Zwischenergebnis .....	61
IV. Regulierungsgegenstand .....	62
1. Entwicklung bis 2004 .....	62
2. Entwicklungen ab 2005 .....	63
a) Die Erzeugung von Energie .....	64
b) Der Energietransport: der Netzbetrieb .....	64
c) Der Vertrieb von Energie .....	67
d) Zwischenergebnis .....	67
V. Regulierungsinstrumente .....	67
1. Marktzugangsregulierung: der regulierte Netzzugang .....	68
2. Entgeltregulierung: Die Anreizregulierung .....	68
3. Unbundling oder Entflechtung von Energieversorgungsunternehmen .....	70
4. Kartellrecht als Regulierungsinstrument? .....	71
VI. Zwischenergebnis .....	72
B. Regulierungsrecht als öffentliches Privatisierungsfolgerecht? .....	72
I. „Abwicklung“ ehemals staatlicher Unternehmen .....	72
II. Regulierung als Aufgabe von Dauer .....	72
C. Die Abgrenzung von Regulierungsrecht und Kartellrecht .....	73
I. Fünf Kriterien zur Abgrenzung des Regulierungs- vom Kartellrecht .....	73

II. Der ordentliche Rechtsweg als mögliches Indiz für die Rechtsnatur des Regulierungsrechts .....	74
III. Monopolverbot unter dem GWB .....	74
IV. Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden nach § 58 EnWG .....	76
V. Zivilrechtliche Preisaufsicht .....	76
VI. Die Missbrauchsaufsicht nach § 18 und die Fusionskontrolle nach § 35 GWB .....	77
VII. Zwischenergebnis .....	77
D. Zusammenfassung .....	77

*Zweiter Teil***Behördliche Entscheidungsfindung im Gefüge der Gewaltenteilung**      79*Kapitel 3***Die Dogmatik von Beurteilungsspielraum und Ermessen**      80

A. Grundlagen: § 40 VwVfG und § 114 VwGO .....	80
I. Die Dichotomie von Tatbestand und Rechtsfolge .....	81
II. Abkehr von der Annahme der Zweigliedrigkeit von Rechtsnormen .....	82
III. Kompetenzfragen und Methodenfragen .....	83
IV. Relevanz von Methodenfragen für administrative Entscheidungsspielräume im Energieregulierungsrecht .....	84
B. Verortung der Ermessensausübung im verfassungsrechtlichen Gefüge .....	84
I. Verfassungsrechtliches Spannungsfeld behördlicher Letztentscheidungsrechte .....	86
1. Die Wesentlichkeitstheorie .....	86
2. Die normative Ermächtigungslehre .....	87
II. Entscheidungsspielräume der Verwaltung .....	88
1. Das gebundene Verwaltungshandeln .....	88
2. Beurteilungsspielraum – Begriffsinhalt .....	89
a) Die Lehre vom Beurteilungsspielraum nach Bachof .....	90
b) Weiterentwicklung zum heutigen Verständnis .....	91
c) Anerkannte Fallgruppen .....	92
3. Das Verwaltungsermessen – Begriffsinhalt .....	94
III. Materielle Rechtmäßigkeitsüberprüfung: Die Ermessensfehlerlehre .....	96
1. Ermessensausfall .....	97
2. Ermessensüberschreitung .....	98
3. Ermessensfehlgebrauch .....	98
4. Zwischenergebnis .....	99

*Kapitel 4*

<b>Die etablierten Sonderformen behördlicher Entscheidungsspielräume</b>	100
A. Anerkannte Sonderformen des Ermessens .....	100
I. Das freie Ermessen .....	100
II. Das intendierte Ermessen .....	101
III. Das Planungsermessen oder die planerische Gestaltungsfreiheit .....	102
1. Die Einräumung des Planungsermessens .....	102
2. Die gerichtliche Überprüfung des Planungsermessens .....	103
IV. Koppelungsvorschriften .....	104
V. Das Versagungsermessen .....	105
1. Das Versagungsermessen im Baurecht .....	105
2. Das Versagungsermessen im Umweltrecht und im Atomrecht .....	105
VI. Zwischenergebnis .....	106
B. Ausblick .....	106

*Dritter Teil*

<b>Die Entwicklung des Regulierungsermessens</b>	108
--	-----

*Kapitel 5*

<b>Die Entwicklung des Regulierungsermessens in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum TKG</b>	108
A. Anerkennung des Regulierungsermessens: BVerwGE 130, 39 .....	109
I. Ausgangslage .....	109
II. Herausforderungen .....	110
III. Sachverhalt .....	111
IV. Die Entscheidung .....	112
1. Die Entscheidungsgrundlage .....	112
2. Das Regulierungsermessen .....	113
3. Zwischenergebnis .....	113
B. Festigung des Regulierungsermessens: BVerwGE 131, 41 .....	114
I. Sachverhalt .....	114
II. Die Entscheidungsgründe .....	115
1. Einheitlicher Beurteilungsspielraum im Rahmen der §§ 10 Abs. 1, Abs. 2 und § 11 Abs. 1 TKG 2004 .....	115
2. Kein Entgegenstehen von Unionsrecht oder nationalem Verfassungsrecht ..	116

3. Regulierungsermessens im Rahmen des § 21 TKG 2004 .....	116
a) Die Überprüfung des Beurteilungsspielraums im Rahmen des Regulierungsermessens .....	117
b) Die Überprüfung der Ausübung des Regulierungsermessens .....	118
III. Zwischenergebnis .....	119
IV. Entscheidungsspielräume bei der Marktdefinition und -analyse .....	120
V. Entscheidungsspielräume bei der Auferlegung von Regulierungsverpflichtungen	121
1. Erste Entscheidung .....	122
2. Zweite Entscheidung .....	122
VI. Der Neuigkeitsgehalt des Regulierungsermessens .....	123
1. Beurteilungsspielraum in Bezug auf §§ 10, 11 TKG 2004 .....	123
2. Koppelung von Beurteilungsspielraum und Ermessen .....	123
3. Bedeutungsgewinn des Verfahrens .....	124
4. Neue Rechtsfigur oder neuer Terminus .....	124
C. Adaption des Regulierungsermessens im Schrifttum .....	125
I. Argumente der Gegner eines Regulierungsermessens .....	125
1. Verstoß gegen Art. 19 Abs. 4 GG .....	126
a) Der „unkontrollierte Regulierer“ .....	126
b) Kein pauschales Regulierungsermessen für ein ganzes Rechtsgebiet .....	127
c) Normgeprägtes Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz .....	127
d) „Planwirtschaft durch Regulierungseingriffe“ .....	128
e) Zwischenergebnis .....	129
2. Analogie zu Entscheidungsbefugnissen des Bundeskartellamts .....	129
II. Argumente der Befürworter eines Regulierungsermessens .....	130
III. Eigene Bewertung .....	131
1. Formales Argument: Beschlusskammerverfahren nach §§ 132 ff. TKG .....	131
2. Normstrukturargument .....	132
3. Prognoseelement .....	133
4. Funktionsgrenzen der Rechtsprechung .....	134
5. Zwischenergebnis .....	134
IV. Dogmatische Schlussfolgerung .....	135
1. Tatsachen- oder Rechtsfragen: Terminologische Unschärfe .....	135
2. Rütteln an den Grundfesten verwaltungsrechtlicher Dogmen .....	136
3. Zwischenergebnis .....	137
D. Ergebnis .....	138

*Kapitel 6*

<b>Die Übertragung des Regulierungsermessens auf das Energiewirtschaftsrecht</b>	<b>139</b>
<b>A. Ausschluss der Übertragung wegen Besonderheiten im TKG bzw. EnWG .....</b>	<b>140</b>
I. Normierende und administrative Regulierung .....	141
II. Kein Ausschluss eines erweiterten behördlichen Entscheidungsspielraums wegen § 83 Abs. 5 EnWG .....	142
1. Hintergrund des § 71 Abs. 5 Satz 2 GWB .....	143
a) Die Weisungsgebundenheit des Bundeskartellamts und der Bundesnetzagentur .....	144
b) Ministerialerlaubnis als Grund für die Schaffung von § 71 Abs. 5 Satz 2 GWB .....	145
2. Zwischenergebnis .....	146
III. Ausschluss eines Beurteilungsspielraums wegen des Amtsermittlungsprundsatzes aus § 82 Abs. 1 EnWG .....	146
IV. Ausschluss der Übertragung wegen der Verknüpfung von Marktabgrenzung und -definition mit den Regulierungsverpflichtungen zu einem einheitlichen Verwaltungsakt nach § 13 Abs. 3 TKG 2004 .....	147
1. Untrennbare Verbindung zwischen Befund und Verpflichtungsaufreihung ..	148
2. Mehrstufige Regulierungsverfahren unter dem EnWG .....	149
a) Mehrstufigkeit des Effizienzvergleichs nach §§ 12 ff. i. V. m. Anlage 3 ARegV .....	149
b) Vergleichbarkeit des Effizienzvergleichs mit der Marktdefinition, -abgrenzung und -analyse .....	151
c) Zwischenergebnis .....	152
V. Besonderheiten des Verfahrens bei der Bundesnetzagentur als formelle Kompensation für eine geringere Kontrolldichte .....	152
VI. Zwischenergebnis .....	153
<b>B. BGH „Stadtwerke Konstanz GmbH“ .....</b>	<b>153</b>
I. Regulatorischer Hintergrund der Entscheidung .....	154
II. Sachverhalt .....	155
III. Entscheidungsgründe .....	155
IV. Eigene Würdigung der Entscheidung .....	157
<b>C. BGH „Stromnetz Berlin GmbH“ .....</b>	<b>157</b>
I. Hintergrund und Sachverhalt .....	157
II. Entscheidungsgründe .....	158
1. Die Herleitung eines Beurteilungsspielraums in Bezug auf die Bestimmung des Qualitätselements nach §§ 19, 20 ARegV .....	158
2. Gerichtlicher Kontrollmaßstab .....	159
III. Verfassungsrechtliche Bedenken bezüglich des Regulierungsermessens .....	160
1. Praktische Konkordanz .....	160

2. Plausibilisierung der Daten und rechtsbeschwerdeinstanzliche Kontrolldichte	161
a) Prüfungsumfang des Bundesgerichtshofs bzgl. der Plausibilisierung	161
b) Belastbarkeit von Datengrundlagen als Tatsachenfrage	161
c) Abgrenzung von Tatsachen- und Rechtsfragen als zentrales Problem in der Überprüfung von Energieregulierungsentscheidungen	162
IV. Neuigkeitsgehalt des Regulierungsermessens unter dem EnWG	163
1. „Eingeschränkte Kontrolle“ auf Abwägungsfehler	163
2. Mehrwert des Regulierungsermessens	164
D. Die Etablierung des Regulierungsermessens im Energierecht	165
I. Die Rezeption der Übertragung des Regulierungsermessens vom TKG auf das EnWG in der Literatur	165
1. Grundsatz: Zulässigkeit von Ermessensspieldräumen	165
2. Keine schematische Übertragung des Regulierungsermessens	166
3. Ablehnung wegen des Charakters der Energieregulierung als normierende Regulierung	166
4. Ablehnung wegen Parallelen zum Kartellrecht und dortiger Vollkontrolle	167
5. Keine Beurteilungsermächtigung in den fraglichen Normen	168
6. Ablehnung wegen Kritik des Regulierungskonzepts in toto	168
7. Zwischenergebnis	169
II. Stimmen der Befürworter eines Regulierungsermessens	169
III. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Regulierungsermessen	169
1. Auswertung der BGH-Rechtsprechung zum Regulierungsermessen 2014–2021	170
2. Zwischenergebnis	172
3. Spielräume in Bezug auf die Bestimmung des Qualitätselementes nach § 21a Abs. 5 Satz 2 EnWG, §§ 19, 20 ARegV	173
4. Spielräume in Bezug auf die Durchführung des Effizienzvergleichs nach § 21a Abs. 5 Satz 1 EnWG, § 12 ARegV	174
5. Spielräume bzgl. der Festlegung volatiler Kosten bei der Ermittlung der Verlustenergiekosten nach § 11 Abs. 5 ARegV	174
6. Spielräume in Bezug auf die Ermittlung des Eigenkapitalzinssatzes nach § 7 Abs. 5 StromNEV/GasNEV	175
7. Spielräume in Bezug auf § 19 Abs. 2 StromNEV	176
8. Spielräume bezüglich der Vorgaben zum Bilanzierungssystem Gas	177
9. Spielräume in Bezug auf die Festlegung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors (Xgen)	178
E. Fazit	179

*Vierter Teil***Regulierungsbehördliche Letztentscheidungsrechte im Unionsrecht** 180*Kapitel 7***Europarechtliche Anforderungen an Letztentscheidungsrechte  
im Energieregulierungsrecht** 180

A. Unionsrechtliche Gestaltungsvorgaben nationaler administrativer Entscheidungsbefugnisse .....	181
I. Vorgaben aus dem Primärrecht .....	182
1. Das Handlungsspektrum .....	182
2. Die Verfahrensautonomie .....	183
II. Anforderungen durch das Clean-Energy-Paket .....	184
1. Vorgaben für nationale Entscheidungsspielräume oder Kompetenzverlagerung auf europäische Regulierungsbehörden .....	184
a) Befugnisse europäischer Regulierungsbehörden .....	185
b) Befugnisse der Kommission .....	186
c) Zwischenergebnis .....	186
2. Unionsrechtliche Vorstrukturierung einer Beurteilungsermächtigung .....	187
III. Rechtsprechung zu administrativen Entscheidungsspielräumen .....	187
1. Arcor .....	187
2. Neue Märkte .....	188
3. Kommission /. Königreich Belgien .....	188
4. Zwischenergebnis .....	189
B. Das Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen die Bundesrepublik .....	189
I. Die Auffassung der Kommission .....	190
1. Verletzung von Art. 37 Abs. 1 lit. a der Richtlinie 2009/72/EG bzw. 2009/73/EG .....	191
2. Verletzung von Art. 37 Abs. 6 lit. a und b der Richtlinie 2009/72/EG bzw. 2009/73/EG .....	191
II. Erfolgsaussichten dieser Beanstandungen der Kommission .....	192
C. Fazit .....	194

*Fünfter Teil***Rekonstruktion der energierechtlichen Ermessensdogmatik  
als Schlussfolgerung**

195

*Kapitel 8***Konturierung eines Subsumtionsermessens**

195

A. BGH: „Eigenkapitalzinssatz II“ .....	196
I. Maßstab der beschwerdeinstanzlichen Rechtskontrolle .....	197
1. Die Ermittlung des Eigenkapitalzinssatzes .....	197
2. Spielraum der Regulierungsbehörde bei der Methodenwahl .....	197
3. Die Anwendung der Methode durch die Bundesnetzagentur .....	198
4. Spielraum bei der Methodenausfüllung .....	199
a) Sichtweise des OLG Düsseldorf .....	200
b) Sichtweise des Bundesgerichtshofs .....	200
c) Implikation der Sichtweise des Bundesgerichtshofs .....	201
d) Bewertung dieser Einordnung .....	202
II. Keine zweite Tatsacheninstanz .....	202
1. Bestehen einer Beurteilungsermächtigung .....	203
2. Dogmatische Einordnung des Plausibilisierungserfordernisses .....	204
3. Kontrollmaßstab bezüglich der Methodenwahl .....	206
4. Widersprüche in der Argumentation des Bundesgerichtshofs .....	207
III. Würdigung .....	208
1. Keine passende Kategorie für die vorliegenden Entscheidungsspielräume ..	208
2. Kein „Ermessen“ bezüglich der Parameter- und Datenwahl .....	208
3. Ungeeignetheit des „Regulierungsermessens“ .....	209
B. Monistisches Konzept der Entscheidungsspielräume .....	210
I. § 19 ARegV .....	211
1. Entscheidungsspielraum bezüglich der Bewertungskriterien .....	211
2. Entscheidungsspielraum bezüglich der Vergleichsparameter innerhalb der Bewertungskriterien .....	212
3. Tatsachen- oder Rechtsfrage .....	213
II. Kategorisierungfeindlichkeit der Entscheidungsspielräume .....	213
1. Normative Ermächtigung, hinreichend gewichtiger Sachgrund oder Funkti- onsgrenzen der Rechtsprechung .....	214
a) Normative Ermächtigung .....	214
b) Funktionsgrenzen der Rechtsprechung, Prognoseentscheidung .....	215
c) Hinreichend gewichtiger Sachgrund: Neuartigkeit der Spielräume .....	215
2. Grenzen behördlicher Entscheidungsfreiheit: Das Gesetz .....	216

3. Keine Aufhebung der Trennung von Tatbestand und Rechtsfolge .....	217
a) Folgen der Nichtbeachtung des Rationalitätsgebots .....	217
b) Kein einheitlicher Kontrollmaßstab komplexer Regulierungsentscheidungen .....	218
c) Zwischenergebnis .....	219
<b>C. Die „Richtigkeit“ einer Antwort auf die gestellte Rechtsfrage .....</b>	<b>219</b>
I. Die Frage nach dem richtigen Recht und der richtigen Antwort auf eine gestellte Rechtsfrage .....	220
II. Lösungsansatz: Methode und Argument .....	221
1. Justizsyllogismus und Subsumtion .....	222
2. Modifikation des zweistufigen bzw. dreistufigen Modells .....	223
3. Die Rechtfertigung einer diskretionär gefundenen Entscheidung .....	224
<b>D. Das Subsumtionsermessen: Dogmatische Verortung der skizzierten Entscheidungsspielräume .....</b>	<b>226</b>
I. Neuartiger Entscheidungsspielraum .....	226
1. Differenzierung statt Vereinheitlichung .....	226
2. Überwindung des funktionell-rechtlichen Ansatzes .....	227
II. Abschichtung der Subsumtion .....	227
III. Die Dogmatik des Subsumtionsermessens .....	228
1. Das Subsumtionsermessen .....	228
a) Bedeutung von Subsumtion .....	228
b) Bisherige Verwendung des „Subsumtionsermessens“ .....	229
c) Neuer Begriffsinhalt .....	230
2. Dogmatische Verortung .....	230
a) Erster Schritt: Gesetzlicher Zielsatz .....	230
b) Zweiter Schritt: Subsumtion eines konkreten Vorgehens unter den gesetzlichen Zielsatz, Subsumtionsermessen .....	231
c) Dritter Schritt: Methodenausfüllung .....	232
d) Vierter Schritt: Ergebnis der gesetzlich verfolgten Zielvorgabe .....	233
3. Zwischenergebnis .....	234
<b>E. Ergebnis .....</b>	<b>234</b>

*Kapitel 9*

<b>Zusammenfassung und Thesen .....</b>	<b>236</b>
<b>A. Zusammenfassung .....</b>	<b>236</b>
<b>B. Zusammenfassung in Thesen .....</b>	<b>238</b>

Inhaltsverzeichnis	23
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>240</b>
<b>Sachwortverzeichnis</b>	<b>251</b>
<i>Anhang</i>	
<b>Rechtsprechungsauswertung des BGH zum Regulierungsermessen</b>	
<b>2014–05/2021</b>	<b>253</b>